

Studie sieht langfristige Chancen für die AfD in Deutschland

Die Alternative für Deutschland hat gute Chancen, sich dauerhaft als Partei in Deutschland zu etablieren. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie.

i



Die Alternative für Deutschland hat gute Chancen, sich dauerhaft als Partei in Deutschland zu etablieren. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie.

Foto: Bernd von Jutrczenka/Symbol (dpa)

Einer Umfrage des Allensbach-Instituts zufolge würde die AfD 7,5 Prozent erreichen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre. Die in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« veröffentlichte Umfrage ergab demnach, dass die eurokritische Partei die Voraussetzungen erfüllt, sich dauerhaft zu etablieren. Dafür spreche vor allem das klare Profil bei den Themen Europa und Zuwanderung.

In der AfD sammeln sich der Studie zufolge Wähler, denen die europäische Integration zu weit geht und denen die Zuwanderung teilweise Unbehagen bereitet. Für die AfD-Anhänger spiele eine große Rolle, dass die AfD den Konsens der anderen Parteien durchbreche. Es sei zu erwarten, dass sich das parteipolitische Spektrum in den nächsten Jahren deutlich verändere, heißt es dem »FAZ«-Bericht zufolge in der Studie.

Seit Monaten eilt die Alternative für [Deutschland](#) (AfD) bei Wahlen von Erfolg zu Erfolg. Doch der Bundesvorsitzende Bernd Lucke hat derzeit verstärkt mit den Mühen der Etappe zu kämpfen. Ein Vorgeschmack auf den grauen Alltag, den jede Partei kennt. Erst der Ärger um

bedenklich rechtslastige Mitglieder. Zuletzt gab es Probleme mit dem Online-Verkauf von Goldbarren- und Münzen, mit dem die Partei Geld verdient: Hacker griffen das System an.

Die große Koalition kann dem neuen »Stern-RTL«-Wahlrend zufolge bei den Wählern weiter punkten, während die Opposition in der Zustimmung stagniert. Union und SPD verbessern sich in der am Mittwoch veröffentlichten Umfrage um je einen Punkt auf 41 beziehungsweise 24 Prozent.

Die Grünen verschlechtern sich um einen Punkt auf neun Prozent. Die Linke bleibt in dieser Umfrage bei neun, die AfD bei acht Prozent. Die FDP verliert einen Punkt und erreicht zwei Prozent. Auf die sonstigen Parteien entfallen sieben Prozent.

Das Forsa-Institut befragte vom 13. bis 17. Oktober 2505 repräsentativ ausgesuchte Bundesbürger. *afp*